Bachgau-Bote: Vereinsnachrichten "aus dem Bachgau", Ausgabe 10.09.2015

Aktuelle Bauvorhaben im Großostheimer Osten

Mit einem ganzen Konklomerat an verschiedenen gemeindlichen Bauvorhaben müssen sich die Bürger am östlichen Rand der Gemeinde derzeit auseinandersetzen.

Obwohl zwischenzeitlich die ambitionierten Bebauungspläne von Verwaltung und CSU-Fraktion in Verbindung mit der dringenden Instandsetzung der Ostendstraße am südlichen Ende relativiert wurden, wird diese Verknüpfung weiter aufrechterhalten. Die dafür notwendigen Grundstücke befinden sich jedoch nicht im Gemeindeeigentum und die Eigentümer haben offen Ihre Ablehnung der Pläne kommuniziert. Es verwundert, dass die Verwaltung erst nach 6 Monaten ein Mandat des Gemeinderates zu Gesprächen mit den Grundstückseigentümern anfragt, obwohl es wohl schon Kontakte zu potentiellen Investoren gibt. Auch der in der letzten Sitzung vorgestellte Entwurf mit einen großzügigen Kreisel an der Einmündung zur Niedernberger Straße löst den baubedingten Engpass hundert Meter später an der Kreuzung "zum Hörnig" nicht.

Weshalb allerdings ein Wohnbaugebiet im Zusammenhang mit der Straßensanierung ausgewiesen werden soll, wurde bis heute den Bürgern nicht schlüssig erläutert. Diese befürchten die Absicht der Kostenumlegung der eigentlichen Instandsetzung als Erneuerung auf die Anlieger. Dies zeigt auch die Ungerechtigkeit der örtlichen Straßenausbausatzung bei mehreren tausend Fahrzeugbewegungen täglich und nur wenigen Anliegern dieser Straße. Andere Städte in Bayern haben die Ungerechtigkeit längst erkannt und die Anwendung Ihrer Satzung ausgesetzt. Es gibt im Übrigen keine Verpflichtung einer Kommune zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und es bleibt abzuwarten wie der bayerische Landtag dieses aktuelle Thema und die Gleichbehandlung der Bürger in der Zukunft regeln wird.

Nachdem einzelne Bürger die rückwirkende Anwendung der geltenden Stellplatzordnung in Großostheim vor Gericht erst erstreiten mussten, ist es ein schlechter Stil nunmehr als Reaktion ein generelles Halteverbot vor Ihren Grundstücken in der Ostendstraße in Erwägung zu ziehen. Dies würde den bereits durchgeführten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in diesem Bereich zu wider laufen. Positiv ist zu werten, dass der ursprüngliche Plan der Aufwertung zu einer Kreisstraße und damit der Fall der Tempo-30-Beschränkung aufgegeben wurde. Dies allerdings erst nach massiver Intervention der Anwohner mit weit mehr als 100 Unterschriften. Leider erreichten das Schreiben und die Unterschriftenliste, entgegen entsprechender Verwaltungszusagen, die Gemeinderäte nicht.

Auch der vom Fraktionsvorsitzenden der CSU geäußerten Vorschlag der Abwertung der Kreisstraße AB3 (von Niedernberger Straße über Marktplatz bis Pflaumheimer Straße) zu einer Ortsstraße bedeutet für die dortigen Anlieger, dass diese dann für die Instandhaltung und Ertüchtigung dieser Straße aufkommen müssen. Insgesamt fordern die Bürger zu Recht eine Abkehr von der nicht mehr zeitgemäßen Protektionspolitik der örtlichen CSU-Mehrheit im Gemeinderat und der Verwaltung zugunsten einiger Weniger.

Informieren Sie sich immer aktuell auf unserer Internet-Seite www.ub-bachgau.de. Wir setzen uns für Euch ein und sind für euch auch per E-Mail erreichbar: vorstand@ub-bachgau.de.